



Biwöchiger Uebernommen-Spreis in Breslau 2 Thlr. außerhalb incl.
Post 2 Thlr. 11 $\frac{1}{4}$ Sgr. Uebernahmegebühr für den Raum einer
fünfteljährigen Zeile in Zeitchrift 1 $\frac{1}{4}$ Sgr.

Edition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-
amtshalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag
einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 486. Mittag-Ausgabe.

vierundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Sonnabend, den 17. Oktober 1863.

Vereinseuropa.

Berlin, 16. Okt. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allgemein geruht: Dem Kreis-Steuer-Ginnehmer a. D. Rechnungs- und Rath Zobolinski zu Fraustadt den kgl. Kronenorden dritter Classe, dem Archidiakonus Dr. Wilken zu Stralsund, dem Haupt-Steuer-Amts- und Rentanten, Rechnungsrath Domke zu Pr.-Stargard und dem Steuer-Ginnehmer Achternbosch zu Moers den rothen Adlerorden vierter Classe, sowie dem Hegemeister Lampe zu Schäferberg im Kreise Ruppin und dem Kohlenmesser Gottlieb Lebert zu Dittersbach im Kreise Waldenburg das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; den Stadtgerichts-Präsidenten Dr. Becker zu Königsberg i. Pr. zum Vice-Präsidenten des Appellationsgerichts, in Magdeburg und den Kreisgerichts-Director Zwiegert in Stolp zum ersten Director des Stadtgerichts zu Königsberg i. Pr., mit dem Amts-Charakter als Stadtgerichts-Präsident, zu ernennen; dem Präsidenten des Central-Dombau-Vorstandes, Advokat-Anwalt Justizrath Effer II. in Köln bei Gelegenheit des am 15. d. M. dafelbst stattgehabten Dombausetzes den Charakter als Geheimer Justizrath; und dem Gutsräther Carl Rudolph zu Glödenhof, im Kreise Greifswald, den Titel Dekonominerath zu verleihen. Se. Majestät der König haben allgemein geruht: Dem Wirklichen Legationsrath Jordan, vortragendem Rath im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, und dem Ober- und Geh. Regierungsrath Oberberg zu Magdeburg, zur Anlegung des von des Königs von Hannover Maj. ihnen verliehenen Kommandeurkreises zweiter Classe des Hohenzollern-Ordens, sowie dem preußischen Unterthan Freiherrn Carl Loew von und zu Steinfurth auf Burg Friedberg im Großherzogthum Hessen, zur Anlegung des von des Großherzogs von Hessen und bei Rhein königl. Hoheit ihm verliehenen Kommandeurkreises zweiter Classe vom Verdienstorden Philipp's des Großmuthigen, die Erlaubniß zu ertheilen.

Die Berufung des ordentlichen Lehrers am Gymnasium in Torgau, Dr. Biss, zum Oberlehrer am Gymnasium in Mühlhausen, ist genehmigt worden.

[Lotterie.] Die am 17. d. M. beginnende Ziehung der 4. Classe 128. Lotterie wird am 20. d. M. wegen der an diesem Tage stattfindenden Wahl der Wahlmänner ausgeführt werden. Der Schluss der Ziehung erfolgt biernach einen Tag später, die Gewinnliste aber kann unter diesen Umständen erst drei Tage später als sonst ausgegeben werden, um wird dem entsprechend später auch die planmäßige Auszahlung der Gewinne ihren Anfang nehmen. (Staats-Anz.)

[Se. Maj. der König] nahm heute Vormittag 11 Uhr auf Schloss Babelsberg die Vorträge des General-Adjutanten v. Alvensleben, des Oberstlieutenants v. Begegack, des Geheimrathes Illaire u. entgegen und empfing darauf hochgestellte Personen und Militärs. Nachmittag wird des Königs Majestät von Babelsberg nach Berlin kommen.

Auf Schloß Sanssouci fand gestern Vormittag 11 Uhr in dem Sterbezimmer weiland Sr. Majestät des Königs Friedrich Wilhelm IV. eine Gedächtnisfeier statt, welcher Se. Majestät der König, Ihre Majestät die Königin Wittwe und die anderen anwesenden Mitglieder der königlichen Familie, so wie verschiedene, dem hochseligen Könige nahe gestanden habende Persönlichkeiten, seine Hausbeamten und die Dienerschaft bewohnten. Die Gedächtnisrede hielt der Ober-Hof- und Domprediger Dr. Snethlage. Unter den Anwesenden befanden sich u. a. der General-Adjutant, General der Infanterie von Neumann, Staatsminister a. D. Ihden, Präsident von Kleist, Ober-Schloßhauptmann Graf Keller, Stadtkommandant, Gen-Lieut. von Alvensleben, der kgl. russ. Militär-Bevollmächtigte Graf Adlerberg, Wirkl. Geh. Rath Illaire u. a.

[Vermischtes.] J. L. H. die Frau Prinzessin Karl nahm heute Nachmittags das neue Börsegebäude in Augenchein. Abends wollten Ihre Höh. der Prinz und die Frau Prinzessin Karl die italienische Oper besuchen. Se. kgl. Höh. der Prinz Albrecht von Preußen ist am Donnerstag von Dresden hier angekommen. — J. L. H. die Frau Prinzessin Louise, Landgräfin von Hessen, wird in kurzer Zeit nach mehrmonatlicher Abwesenheit von Villa Louisa bei Gumpen in Ober-Österreich hier eintreffen. Auch die Rückkehr Sr. L. H. des Prinz-Admiral Adalbert von Berthesgaden steht nahe bevor. — Se. kgl. Hoheit des Prinz Friedrich der Niederlande wird bei dem schönen Wetter noch etwa acht Tage auf Schloß Mustai verweilen und alsdann auf der Rückreise nach dem Haag sich einige Tage zum Besuch auf Schloß Sanssouci aufzuhalten. — Die Frau Gräfin von Nassau (Witwe des Königs von Holland) reiste gestern aus Schlesien kommend hier durch nach Nassau. — Der General-Hofmarschall v. Wrangel ist zur feierlichen Eröffnung der Befreiungshalle nach Kelheim abgereist. — Der Minister für die geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten Dr. Mühlner und der Ministerialdirektor Mac Lean sind zur Eröffnungsfeier des Domes nach Köln abgereist. — Die Hofjagden in dem leßlinger Forst sollen Anfang November abgehalten werden.

[Militärisches.] Das Aussercaren der Rekruten wird in diesem Jahre in einem so außergewöhnlichen Grade beschleunigt, daß den Offizieren und Unteroffizieren nicht einmal die sonst unter gewöhnlichen Verhältnissen übliche Ruhepause von vierzehn Tagen nach den größeren Übungen gewährt werden ist. Die Absicht geht dabei dahin, die neu eingestellten Mannschaften noch vor Eintritt der kälteren Jahreszeit bis zum Einrängen in die Kompanien vorzubilden und selbst die ersten Schießübungen noch in diesem Herbst vorzunehmen, um, was sonst immer erst mit dem Juni des nächsten Jahres statthätte, diesmal die ganze Ausbildungs-Periode schon mit dem März beenden zu können. Als Motiv für diese Eile werden die augenblicklich so verwirrten Verhältnisse Europas und die Absicht angegeben, für den Fall etwa mit nächstem Frühjahr eintretender kriegerischer Eventualitäten, ebenso wie 1859, gleich noch einen Jahrgang Rekruten zur Bildung der Erstaz-Bataillone einzustellen zu können, während die im Herbst eingezogenen Mannschaften dann gleich zur Ausfüllung der Cadres der eigentlichen Feldbataillone mit verwendet werden, so daß nur drei und nicht, wie durch die neue Militär-Organisation beabsichtigt worden war, fünf Jahrgänge Reserve daneben in dieselben eingereiht zu werden brauchen. Der Armee würden durch dies Verfahren 63,000 Mann über den vorgesehenen natürlichen Zelldat zuwachsen.

[Marine.] Das Ober-Commando der Marine macht bekannt: Nach so eben eingegangenen Berichten ist Sr. Maj. Schiff „Gazelle“, welches am 31. Juli Woosung verlassen, am 8. August auf der Rhede von Yokohama zu Anker gegangen. An Bord befindet sich alles wohl.

[Zur Marine.] Da bei den vorhandenen preußischen Hafen-Anlagen noch eine Vorrichtung zum Docken der Schiffe fehlt, um die nötigen Reparaturen vornehmen zu können, so soll bei Swinemünde ein schwimmendes Dock von Eisen erbaut werden, das Schiffe von 22 Fuß Tiefgang und bis 5000 Tonnen Gewicht aufnehmen kann.

Die Kosten dafür sind auf 200,000 Thlr. veranschlagt. Außerdem findet jedoch noch bei den Hafenbauten an der Jähde die Anlegung von großen Trockendocks statt, welche nach den neueren Ermittlungen aber erst mit 1868 fertig werden würden. Für diese leichten Hafenbauten werden von dem Marineministerium außer der etatsmäßig aus-

geworfenen Summe von 705,000 Thlr. noch 380,000 Thlr. zur möglichsten Beschleunigung der Arbeiten gefordert werden. Ebensso auch für die bei Danzig und Stralsund angeordneten Land- und Wasserbauten 20,000 Thlr., und endlich für die rasche Förderung der begonnenen Schiffsbauten außer der Etatssumme von 380,000 Thlr. noch 200,000 Thlr., so daß die gesamte Mehrforderung für die Marine 800,000 Thlr. betragen würde, welche aus den 4½ Millionen Überschüß des Jahres 1862 gedeckt werden sollen. Der längere Zeit füllte Bau der Corvette „Medusa“ ist bereits mit verdoppelter Eile wieder aufgenommen worden.

= **Berlin**, 16. Okt. [Pressprozesse.] Die „Südd. Z.“ — Confiscationen.] Heut hat das Kammergericht drei Pressprozesse verhandelt: Der Redakteur des „Kladderadatsch“, Dohm, in erster Instanz auf Anklage wegen des bekannten Bildes: „Der Ministerpräsident als Parze“ freigesprochen, wurde zu 50 Thlr., der Redakteur der „Volkszeitung“, Holdheim, in Bestätigung des ersten Erkennisses wegen Überdrucks eines „Times“-Artikels über die Stellung des Abgeordnetenhauses zur Regierung zu 14 Tagen, und ebenso in Folge Veröffentlichung der Ansprüche des Nationalvereins-Ausschusses wegen Schmähung von Anordnungen der Obrigkeit zu 14 Tagen Gefängnis verurtheilt. — Man will hier wissen, daß die „Südd. Ztg.“ zum 1. Januar oder 1. April f. J. eingehen soll. — Heute wurden in hiesigen Buchhandlungen zwei Broschüren: „Die Unabhängigkeit des Rechtes“ (Coburg, bei Streit) und „Also Verständigung“ (Leipzig, bei Kretschmar) polizeilich konfisziert.

[Denunciation.] Auf die bekannte Anregung haben, wie uns berichtet wird, u. a. zwei Beamte des Kreisgerichts zu Gardelegen gegen einige ihrer Collegen Denunciations wegen deren politischen Verhaltens eingereicht. Der betreffende Vorgesetzte, an den die Denunciation gelangte, versagte darauf: „Reponirung zu den Personalacten des Denunciante.“ (B. B. Z.)

[Geistliche und Wahlen. — Drohung mit Disciplinirung. — Der König und das Dombaufest.] Die „Zeid. Correspondenz“ bemerkte zu der Verfassung des Oberkirchenrats betreffs des am Sonntage abzuhaltenen Gottesdienstes: „Wir freuen uns dieser Aufforderung um so mehr, als bekanntlich ein Erlass des Ober-Kirchenrates im vorigen Jahre die geistliche Einwirkung auf die Wahlen in bedauerlicher Weise geschwächt hatte. Hoffentlich werden alle ernsten Seelsorger die Gedächtnisfeier des 18. benutzen, um die Bewahrung der Treue am 20. den Gemeinden ernstlich ans Herz zu legen.“ — Dieselbe Correspondenz glaubt, das Ministerium werde gegen Beamte, welche in irgend einer Form eine Unterstützung aus dem Nationalfonds — Stellvertretungskosten — annehmen würden, „sehr energisch“ auf Grund des Disciplinargegesetzes einschreiten werde. (Wir bemerken, daß der Nationalfonds die Stellvertretungskosten nicht den Abgeordneten anbietet, sondern dieselbe eventuell den Kreisen ersetzt.) — Endlich meldet die „Zeid. Correspondenz“: „Die schlesische Rückkehr Sr. Majestät des Königs nach Berlin hat in weiten Kreisen ein gewisses Aufsehen erregt und scheint nach vielfachen Nachrichten in der Rheinprovinz, zumal in Köln selbst, sehr lebhaft empfunden zu werden. Neben dem offiziellen Grunde, welcher in der Abhaltung eines Minister-Conseils gegeben war, hält man es für sehr wahrscheinlich, daß Sr. Majestät dem Feste in Köln mit Rücksicht auf gewisse Kundgebungen der äußerlich tonangebenden Kreise in Köln nicht bewohnen wollte, und daß namentlich die Umgebung des Ministerpräsidenten bei den Einladungen zu der Feier mit dazu beigetragen haben, die königliche Entschließung herbeizuführen. Wir vermutthen, daß gerade dieser letztere Grund denjenigen höchst unbehaglich sein wird, welche gehofft hatten, durch die Schilderung gewisser Stimmungen am Rhein die Stellung des Ministerpräsidenten zu erschüttern.“

[Die hiesigen katholischen Schulen] haben es abgelehnt, sich an den für den 17., 18. und 19. Oktober zum fünfzigjährigen Gedächtniß der Schlacht bei Leipzig in Absicht genommenen Festlichkeiten zu beteiligen, und die von den Kommunalbehörden für diese Gelegenheit zur Vertheilung an die Schüler bestimmten Prämien zurückgewiesen. Dasselbe Verhalten ist übrigens von diesen Anstalten auch schon bei der Gedächtnisfeier für die Schlacht bei Großbeeren am 23. August und am 3. und 15. Februar wie am 17. März d. J. beobachtet worden. Ob in diesem Falle, wie bei der Weigerung der meisten rheinischen Stadtvorstände, sich der Nationalfeier in Leipzig anzuschließen, nicht die erste Ursache an der Zurückhaltung dem Vincenz- und ähnlichen katholischen Vereinen zuzuschreiben ist, wollen wir nur andeuten, ohne es zu behaupten. Die leider so vieifachen deutschen Sonderbestrebungen scheinen sich überhaupt das Wort gegeben zu haben, jenem Feste so große Hindernisse als immer möglich, zu bereiten. (M. Z.)

[Die „Riga-sche Zeitung.“] Die „Volks-Zeitung“ erhält folgendes Schreiben:

Riga, den 2.—12. Oktober 1863.

Geehrter Herr Redakteur!

Beiliegend erlauben wir uns, Ihnen zwei Artikel der „Riga-schen Ztg.“ zur beliebigen Verwendung zuzuführen. Sie enthalten die Antwort unseres Blattes auf die Artikel, aus denen die „Nord. Allg. Zeitung“ so ungeschickt ver sucht hat politisches Kapital herauszuschlagen. Es ist uns natürlich sehr darum zu thun, in der deutschen Presse, zu der gebühren wir uns bestreben, gerechtfertigt dazustehen. Mit ausgezeichneter Hochachtung,

Dr. W. Baerens, Redakteur der „Riga-schen Zeitung“.

Die Artikel der „Riga-schen Zeitung“ wiedergegeben — schreibt die „N. Ztg.“ — sind wir leider nicht im Stande. Das Blatt spricht in Ausdrücken, welche wir dem Redakteur der „N. A. Z.“ zum Nachlesen empfehlen, sein Erstaunen und seine „Empörung“ über die Kühnheit aus, mit welcher von der „N. A. Ztg.“ die Bundesgenossenschaft der „Riga-schen Zeitung“ in Anspruch genommen und als öffentliche Meinung des Auslandes ausgegeben hat. Daß der fragliche Artikel nur mit „Mühe und Noth“ (wie die „N. Ztg.“ neulich vermutete) Aufnahme gefunden, bestätigt das Blatt; die „N. Ztg.“ irre jedoch, wenn sie meine, der Artikel sei in Berlin verfaßt worden. — Die „Riga-sche Ztg.“ schließt: „Gott sei Dank hat die Presse der (russischen) Ostseeprovinzen noch Ursache, auf ihre unabhängige Gesinnung stolz zu sein.“

Brandenburg, 15. Okt. [Wiederwahl.] In einer gestern Abend abgehaltenen und sehr zahlreich besuchten Urwähler-Versammlung wurde beschlossen, die bisherigen drei liberalen Abgeordneten des westhavelländischen und zauch-biziger Kreises, Kreisgerichtsrath Parisius, Ober-Regierungsrath v. Diedrichs und General Stavenhagen, wieder zu wählen. Der erste dieser Herren sagte in einer längeren, von vielem

Weisheit unterbrochenen Rede persönlich zu, von den beiden letzteren wurden die bereits brieflich eingegangenen Annahme-Erläuterungen verlesen. (Magd. Z.)

Stettin, 15. Okt. [Den Regimentsmusikören] ist nicht gestattet, bei den Feierlichkeiten am 18. Oktober mitzuwirken.

Deutschland.

Frankfurt a. M., 15. Okt. [Zur deutschen Frage] veröffentlicht die „Europe“, wie bereits telegraphisch gemeldet, die öfter erwähnte österreichische Circulardepeche an die Regierungen, welche die Reformate unterzeichnet haben. Dieses Actenstück lautet in der Rückübersetzung aus dem Französischen:

Wien, 26. Sept. 1863.

Gestern ist mir durch den Herrn Baron v. Werthern zur Beförderung an Se. Maj. den Kaiser die Antwort überreicht worden, welche Se. Majestät der König von Preußen an die höhere Unterzeichner des Collectivsvereins vom 1. d. M. gerichtet hat, und ebenso gleichzeitig eine Depesche des königlichen Ministerpräsidenten, Herrn v. Bismarck, welche von einer Abschrift des am 15. d. M. durch das königliche Staatsministerium an den König gerichteten Berichts begleitet ist.

Dieser Bericht ist Ihnen bereits durch die ihm gegebene Offenlichkeit bekannt, und ich vervollständige ihre Informationen über den Stand der Dinge, indem ich Ihnen Abschrift der königlichen Antwort und der Depesche des Herrn v. Bismarck sende.

Ich habe nicht gezögert, die vorstehend erwähnten Altenstücke an Se. Majestät den Kaiser, der sich gegenwärtig in Ischl befindet, zu befördern. Indessen sehe ich den Eindruck, den sie auf Se. Majestät machen werden, nur zu klar voraus. Mit diesem Bedauern wird der Kaiser von den Erklärungen Preußens Kenntnis nehmen, und ich kann nicht zweifeln, daß dies Gefühl von allen deutschen Fürsten und Regierungen getheilt wird, in deren Händen sich in diesem Augenblick die Antwort Preußens befindet.

Diese Antwort rechtfertigt in der That vollständig die früheren Befürchtungen, daß Preußen sich der Reformbestrebungen seiner Bundesgenossen nicht entziehen, sondern nur bemüht sein werde, die Entwicklung der Bundesverfassung zu lähmen, indem es unannehbare Bedingungen stellt.

Nach unsern Ueberzeugungen sind die drei Hauptpunkte, von denen vorwiegiger Annahme der königl. preußischen Hof selbst schon seinen bloßen Entschluß, über eine Reform des Bundes zu verhandeln, abhängig machen will, nicht allein durchaus unverträglich mit der Aufrechterhaltung des föderativen Prinzip in Deutschland, sondern es scheint uns auch sehr bezeichnend, daß Preußen den bestimmten Vorschlägen seiner Verbündeten allgemeine Ansprüche (des prétentions générales) entgegengestellt, deren vage und lädierte Form keine klare und bestimmte Idee gibt. Es wird eine wenig erquickliche und wenig tröstliche, aber keineswegs schwierige Aufgabe sein, diese Lücken entschieden und eine nach der andern darzulegen, so wie die flagranten Widerprüche, in welche die preußischen Minister sich in dem Berichte vom 15. d. Mts. unentwirrbar verwicbt haben (se sont confusément embrouillés).

Ich bin nichtsdestoweniger der Meinung, daß die deutschen Regierungen sich dieser Aufgabe nicht werden entziehen können, nachdem sie von der preußischen Regierung, wie außergewöhnlich dieses Verfahren auch sein mag, ausdrücklich aufgefordert worden sind, einen von dem königl. Staatsministerium an den König gerichteten Bericht zum Gegenstand ihrer Berathungen zu machen.

Der einzige Umstand, von dem wir mit Befriedigung Alt nehmen können, ist, daß der König und seine Minister es nicht für angemessen erachten haben, unmittelbar und ausdrücklich angefordert zu den deutschen Ministerialberichten den in einem früheren ministeriellen Berichte ausgesprochenen Vorwurf zu widerholen, daß die Würde und die Macht Preußens sich durch die frankfurter Vorschläge verlest finden.

Für den Augenblick kann ich keine andere Absicht haben, als Ihnen meine ersten Eindrücke wiederzugeben, und somit Ihnen nur erst vorläufig meine Ansicht in Betreff der Schritte auszudrücken, zu denen die an dem frankfurter Reformwerke Beteiligten sich gegenwärtig veranlaßt führen werden. Nach meinem Dafürhalten würde es angemessen sein, in einem bundesfreundlichen Tone eine gründliche Widerlegung der preußischen Stipulationen abzufassen und dieselbe dem Berliner Cabinet mittelst identischer Noten aller bei der Reformate beteiligten Regierungen zu übermitteln mit der dringenden Kundgebung der Hoffnung, daß Preußen nicht auf seinen unannehbaren Präliminar-Bedingungen bestehen, sondern einen willigen Werde, auf der Grundlage der bereits von 24 deutschen Regierungen angenommenen Vorschläge zu unterhandeln. Die Erklärung, daß diese Vorschläge unmöglich ohne praktische Ergebnisse bleiben können, würde in diesen identischen Depeschen eine vollkommen passende Stelle finden.

Ferner würde es angemessen sein, einige der Höfe, die, wenn sie gleich die Reformate nicht ein bloß angenommen, doch an dem frankfurter Föderations-Congress in einer dem Hauptzwecke günstigen Weise sich beteiligt haben, namentlich die Höfe von Mecklenburg-Schwerin und von Sachsen-Weimar, aufzufordern, sich diesem Schritte insoweit wenigstens, als sie dies mit ihren Ansichten verträglich finden, anzuschließen.

Inzwischen werden diese Bemerkungen Ihren Mitteilungen als Regel dienen, und ich brauche kaum hinzuzufügen, daß ich mit dem lebhaftesten Interesse Ihren Bericht über die Art und Weise erwarte, wie man in über die preußische Antwort urtheilt. Genehmigen Sie z.

geg. Neßberg.

Es sind bekanntlich Zweifel erhoben worden, ob diese Depesche an alle beteiligten Regierungen gleichlautend versandt worden ist. Die „Europe“ behauptet, daß der von ihr mitgetheilte Text ihr aus einer mittelstaatlichen Residenz zugegangen sei.

Frankfurt a. M., 15. Okt. [Gewerbebefreiheit.] Die gestrige Sitzung der gesetzgebenden Versammlung, deren Mandat mit Ende des Monats abläuft, war vielleicht die bedeutungsvollste für die Zukunft Frankfurts, die unser alter Saal im Hause Limpurg noch gesehen. Seit fünf Jahren währen die Kämpfe der gesetzgebenden Versammlung mit dem Senat um die Aufhebung des Zunftwesens und Einführung der Gewerbebefreiheit, bis endlich der ermüdeten Senat sich der Zeit bequemte und einen Gesetzentwurf vorlegte, der bei allen sonstigen Mängeln doch wenigstens das Prinzip zur Geltung bringt und eine wesentliche Besserung unserer verkommenen Zustände sichert. Die gesetz

